

Rhein- und Loth-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Raasdorf.

Der Preis des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Loth-Anzeiger“ kostet in Raasdorf sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.50, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.50. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Abgelassen finden im „Rhein- und Loth-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die Gekoppelten Kompartimente oder deren Raum mit 80 Pf., die Restkompartimente mit Mk. 2.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Vertretung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Raasdorf.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Raasdorf.

Begründet 1878

Nr. 137

Raasdorf, Dienstag, den 22. November 1921

44. Jahrgang

Washington.

Die Abrüstungskonferenz in Washington ist mit schönen Neben, wie sie bei solchen Versammlungen stets gehalten zu werden pflegen, eröffnet worden. Sie würden die Teilnehmer nicht sonderlich beschäftigt haben, aber es ist sofort der positive Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hinzugekommen, die Zahl der Großkampfschiffe von England, Amerika und Japan erheblich zu vermindern und eine zehnjährige Pause im Bau von Kriegsschiffen einzutreten zu lassen. Amerika ist mit seinen ungeheuren Geldvorräten der Gläubiger der ganzen Welt, und so muß jedes Wort seiner Regierung mit einer höflichen Verbeugung aufgenommen werden.

Erst einmal zustimmen, so denken sich die anderen Konferenzteilnehmer, in den geheimen Kommissionen wird sich schon wieder alles zurechtfinden, wie man es haben will. Vor der Welt spricht man von „Abrüstung“ und „Rückerziehung“, gemeint ist aber das genaue Gegenteil. War die Gogger Friedenskonferenz ein Vorbild zum Weltkrieg, zum Kampf um die Vorherrschaft in der alten Welt, und somit zur Vernichtung Deutschlands, so kann auch die Washingtoner Konferenz leicht zum Auftakt eines großen Ringens werden: Hier handelt es sich um die Vorherrschaft in der Neuen Welt, im Stillen Ozean und in Ostasien, es handelt sich gleichfalls um die Niederringung einer jungen, aufstrebenden und in kurzer Zeit bedrohlich stark gewordenen Seemacht, Japans. Wie der zähe, diplomatische Kampf, der jetzt in Washington hinter verschlossenen Türen ausgetrieben wird und für den die Abrüstung nur eine Kulisse ist, auslaufen wird, wer kann das sagen? Alle Teilnehmer der Konferenz haben aus den letzten Jahren und aus dem Schicksal Deutschlands viel gelernt, und sie werden ihre Erfahrungen verwerten. Es wird den anachronistischen Weltmächten nicht so leicht werden, Japan einzukreisen, wie es ihnen seinerzeit bei Deutschland gelang.

Sie stimmen alle zu, aber...

Auf der zweiten öffentlichen Sitzung der Washingtoner Abrüstungskonferenz erklärten alle Redner die „freundliche Zustimmung“ ihrer Länder zu den amerikanischen Abrüstungsvorschlägen. Für England sprach Balfour, der sich nicht genug tun konnte in Lobeserhebungen für das amerikanische Projekt, schließlich aber doch mit allerlei Vorbehalten herausrückte. Er sprach von der besonderen Lage Englands, die dies und jenes nicht zulasse, und daß Amerika in einer ganz anderen Lage sei bezüglich seiner Verteidigung und was dergleichen mehr war. Vermißt hatte er besonders zweierlei an Hughes' Vorschlägen, daß die Abrüstung zu Lande gar nicht erwähnt würde, und daß in der U-Boot-Frage — die U-Boote liegen den Engländern seit dem Weltkrieg ganz besonders im Mogen — die Vorschläge nicht weit genug gingen. Der U-Bootbau sollte am liebsten ganz verboten werden (denn in diesem ist England noch sehr zurück. D. Red.).

Auch Japans Hauptvertreter Kato hatte allerlei Einwendungen vorzubringen, die er gleichfalls mit der „besonderen Lage“ Japans begründete, auch er ist kein Freund der U-Boote. Im Prinzip stimmt er natürlich den Vorschlägen Hughes' „freundlich zu“.

Der italienische Delegierte Schanzer machte einige allgemeine Redensarten im zustimmendem Sinne.

Damit war die öffentliche Aussprache zunächst beendet. Die weiteren Verhandlungen werden hinter verschlossenen Türen in zwei Ausschüssen vor sich gehen. Der eine Ausschuss, dessen Mitglieder dieselben wie die der Konferenz sind, wird über die Fragen des fernen Ostens, der andere, der aus Delegierten der fünf Großmächte besteht, wird über die Abrüstung beraten.

Amerika, das sich nur für die Fragen der Neuen Welt und des fernen Ostens interessiert, hat demgemäß in seinen Abrüstungsvorschlägen nur die Beschränkung der Rüstung zur See vorgesehen. Die Frage der Landabrüstung interessiert in der Hauptsache nur die europäischen Großmächte, diese werden sie denn auch auf Tapet bringen. England und Italien, heißt es, beabsichtigen in dieser Hinsicht weitgehende Vorschläge zu machen, und zwar werden sie sich in erster Linie gegen die beiden Mächte richten, die übermäßig starke Landbeere haben: Frankreich und Polen,

von denen verlangt wird, daß sie ihre Heere in demselben Maße verkleinern wie Italien.

Während in Washington die Mächte am frühen Tisch sitzen, um eine Einschränkung der Rüstungen zu beraten, wird am nächsten Sonnabend in New Orleans ein neuer amerikanischer Ueber-Dreadnought, „West-Virginia“, vom Stapel gelassen.

Der Vorstoß gegen Japan.

Der Kampf um die Vorherrschaft in China.

Der zweite und eigentliche Hauptpunkt der Washingtoner Konferenz, der Kampf um die Vorherrschaft in Ostasien bzw. der Kampf Amerikas gegen die japanische Vorherrschaft in China, genannt das „Problem des fernen Ostens“, ist bereits hinter verschlossenen Türen in Angriff genommen worden.

Zunächst sprach der Vertreter Chinas, Sellington Koo, der für sein Land volle Freiheit, die Wiederherstellung seiner politischen Unverletzlichkeit und wirtschaftlichen Unabhängigkeit forderte.

Die chinesischen Forderungen passen vollständig zu den Wünschen Amerikas, das nicht, wie Japan, England und Frankreich — Deutschland ist ja hier jetzt ganz, Rußland zum größten Teil ausgeschlossen — wertvolle wirtschaftliche und politische Vorrechte, Konzessionen, Vorkaufrechte, Abmachungen, Interessensphären um. besitzt. Hughes stimmte daher auch dem chinesischen Vertreter restlos zu und formulierte dann mit derselben bemerkenswerten, alle Teilnehmer überraschenden Offenheit, wie er sie bei der Abrüstungsfrage zeigte, folgende acht Forderungen Amerikas:

1. Aufhebung oder Abänderung der englisch-japanischen Allianz;
2. Räumung Schantung durch Japan;
3. Räumung Sibiriens durch Japan;
4. Verzicht Japans auf jene Vorrechte, die ihm als „Spezialinteressen in China“ durch das Peking-Tientsin-Abkommen im Jahre 1917 von China zuerkannt worden waren;
5. Großbritannien, Japan, Frankreich und alle anderen Nationen sollen die „Einflussphären“, die sie in China besitzen, aufgeben;
6. Obligatorische Verpflichtung, nach welcher der Besitz von Privateigentum in China, insbesondere von Eisenbahnen, in keiner Weise militärische oder politische Rechte verleihen kann;
7. Eine formelle Erklärung, daß die Verträge über die chinesischen Häfen ebenso wie über die britischen Häfen Weltweit und den japanischen Hafen Mantschu in keiner Weise die territoriale Souveränität Chinas dortselbst beeinträchtigen sollen;
8. Übereinkommen über die Befestigung im Stillen Ozean. Nach den Bestimmungen dieses Abkommens würden sich die Vereinigten Staaten verpflichten, auf jede Befestigung der Philippinen, der Insel Guam, Midway und der Samoa-Inseln zu verzichten, vorausgesetzt, daß andererseits Japan auch keine Befestigungen auf seinen insularen Vorposten im westlichen Stillen Ozean anlegt.

Mit rücksichtsloser Offenheit haben die Amerikaner also ihre vornehmlich gegen Japan gerichteten Ziele in Ostasien dargelegt. Sie scheinen eine schnelle und klare Entscheidung erzwingen zu wollen. Die Japaner haben sich bisher in Schweigen gehalten, sie scheinen zunächst die Entwicklung abwarten zu wollen, ehe sie zum Gegenschlag ausholen.

Das Riesendefizit.

162 Milliarden Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Im Reichsrat führte anlässlich der Beratung des dritten Nachtragsetats für 1921 der Berichterstatter des Ausschusses, Ministerialdirektor Sachs-Preußen, unter anderem aus: Der Nachtragsetat enthält zum erstenmal einen Betrag für die auf Grund der Annahme des Ultimatums im Rechnungsjahr 1921 zu leistenden Reparationszahlungen. Diese erfordern namentlich im ordentlichen Etat 95,1 Milliarden und im außerordentlichen 17,1 Milliarden, also zusammen 112,2 Milliarden Mark. Bei einem weiteren Ein-

ten der Mark ist sogar mit einer dementsprechenden Erhöhung dieser Summen zu rechnen.

Die Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden steigen um 6,5 Milliarden. Die Mehrausgaben durch die Beschleunigung der Reparationsarbeiten sind für ein ganzes Jahr auf mindestens 13,2 Milliarden zu beziffern. Im Nachtragsetat erscheinen sie nur für ein halbes Jahr. Alles in allem gerechnet ergibt sich für 1921 ein Fehlbetrag von 161,8 Milliarden, wobei zu berücksichtigen ist, daß erst im nächsten Etat für 1922 die Reparationslast im vollen Betrage erscheinen wird.

Der Nachtragsetat wurde darauf vom Reichsrat angenommen. Abgelehnt wurde ein Gesetzentwurf betreffend Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder bei Versorgungsberechtigten. Sie ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs oder Staatsdienstes beziehen. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über Änderungen der Bestimmungen über Lohnpfändung. Danach ist künftig der Lohn bis zum Betrage von 8000 M. unpfändbar und darüber hinaus jeder Lohnbetrag in unbeschränkter Höhe nur bis zu einem Drittel pfändbar. Falls ein Ehegatte, Kinder oder Verwandte zu unterstützen sind, wird für jeden der Unterstützten noch ein Sechstel hinzugerechnet.

Um die Kredithilfe.

Die Verhandlungen über die Forderungen der Industrie.

Trotzdem das Reichskabinett und in noch schärferer Form die freien Gewerkschaften den von der Industrie für die von ihr zu gewählende Kredithilfe aufgestellten Bedingungen ablehnend gegenübersteht, sind die Verhandlungen hierüber noch lange nicht als gescheitert anzusehen. Im Gegenteil ist man von allen Seiten bemüht, trotz aller noch so unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten, zu einer Verständigung zu kommen. Denn die muß kommen, damit das Reich seine am 15. Januar fälligen Verpflichtungen erfüllen kann. Darüber besteht schon jetzt kein Zweifel, daß die Reparationskommission auf diese nächsten Zahlungen — die Januarrate der Reparationszahlung und die Februarrate der Ausfuhrabgabe — unter keinen Umständen verzichten wird. Erst wenn diese Zahlungen sichergestellt sind, kann vielleicht — so stellt man uns jetzt in Aussicht — erwogen werden, ob uns für die folgende Zeit eine kürzere oder längere Stundung gewährt werden könnte. Können wir beide Raten aber nicht zahlen, so haben wir auf die schärfsten „Garantie“-Maßnahmen zu rechnen.

Unter solchem schweren äußeren Druck muß also zu einer Verständigung der bei uns maßgebenden Faktoren gelangt werden, und die bisherigen Verhandlungen lassen es hoffen, daß es auch dazu kommen wird.

Den Hauptstreitpunkt bildet die von der Industrie geforderte Entlastung der Eisenbahnen, die von den Gewerkschaften und der Regierung auf das schärfste abgelehnt werden. Hierüber haben in diesen Tagen entscheidende Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Deutschlands begonnen, über deren bisherigen Verlauf allerdings noch Stillhaltegebot gewahrt wird. Trotzdem läßt sich schon jetzt sagen, daß sich eine Annäherung der beiden Auffassungen abmahnt. Daß keine grundlegende Reform der Reichseisenbahnen notwendig ist, wird ja auch von den Gewerkschaften anerkannt. Und darauf kommt es ja an: So lange die Reichsverkehrsunternehmen nicht wirtschaftlich arbeiten, können sie keine sichere Kreditunterlage bieten. Industrie, Gewerkschaften und Regierung wollen also alle das gleiche Ziel. Und auch der Weg, den sie einschlagen wollen, geht in gleicher Richtung, alle Projekte sehen nämlich die Einführung privatwirtschaftlicher Grundsätze für die Eisenbahnverwaltung vor; zwischen dem Projekt der Industrie und dem der Gewerkschaften sind im Grunde genommen nur graduelle Unterschiede. Zwischen Staatsbetrieb und reinem Privatbetrieb gibt es noch verschiedene Formen der Betriebswirtschaft, so daß es bei gegenseitigem guten Willen und Entgegenkommen sehr gut möglich ist, ein alle Teile befriedigendes Kompromiß zu erzielen.

Reformvorschläge der Eisenbahner.

Ueber die Reform des Eisenbahnwesens, deren Notwendigkeit auch die, die die Vor-

schläge der Industrie ablehnen, einsehen, ist es nach längeren Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahnerorganisationen zu einer Einigung gekommen, deren Grundsätze folgende sind:

1. An dem seitherigen Verhältnis des direkten Besitzes und Betriebes der Eisenbahnen durch das Reich ist unter allen Umständen festzuhalten. 2. Die Rechte des auf dem öffentlich-rechtlichen Dienstvertrag beruhenden Berufsbeamtenwesens gelten als unverletzlich. 3. Die Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung wird beraten und zur geschäftsmäßigen Entscheidung durch den Minister spruchreif gemacht in einem zu gleichen Teilen aus Vertretern der Verwaltung und Vertretern der Eisenbahner-Gewerkschaften zu bildenden Ausschuss.

Auf dieser Basis sollte man doch schließlich mit der Industrie zu einem Kompromiß kommen können.

Das Drehen im Kreise.

Für die nächste Reparationszahlung ist die volle Deckung noch nicht vorhanden. Wenn es mit Aufbietung aller Kräfte wohl gelingen wird, das erforderliche Geld zu beschaffen, so ist das doch nicht möglich ohne einen ganz starken Ziehung der Mark. Und dann wären wir wohl Matthäi am letzten.

Ueber ein Moratorium wird noch verhandelt. Englische Zeitungen sagen, der Ausschub für Deutschland könnte nur gewährt werden, wenn die deutsche Wirtschaft auf solide Grundlage gestellt worden wäre. Wie sollen wir das machen, wenn die unerschwingliche Schuld unverändert bleibt und uns nicht einmal gestattet wird, in allen Wäldern zu zahlen? Uns wächst kein Kornfeld in der flachen Hand.

Die Entente will uns vom Stande der Zahlungsunfähigkeit zur Solidität bringen, aber wir können nicht vorwärts, weil uns die Füße mit dem Blei des Ultimatums belastet sind. Derweil zerbrechen wir uns im Innern die Köpfe wegen der Industrie-Anleihe, die uns über die nächsten Zahlungen hinweghelfen soll. Es wird nach einer Grundlage gesucht. Die Ansichten gehen auseinander. Die Industrie muß Sicherheit haben, denn sonst würde sie sich den Boden unter den Füßen abgraben, auf dem sie steht. Die Gewerkschaften schlagen das äußerste Anziehen der Besitzerschränke vor, um unsere Finanzen zu sanieren.

Wir kommen immer wieder dahin, das Drehen im Kreise bringt uns nicht vorwärts. Die Entente verlangt Zahlung und Solidität, während wir vor Schulden nicht atmen können, und die Theorie im Innern will einseitig die Fundamente der Arbeit besteuern, ohne zu beachten, daß sie damit die Quellen der Arbeitsmöglichkeit und vor allem die Arbeitsfreudigkeit erschöpft.

Daraus, daß rund 100 Milliarden Mark Papiergeld im Umlauf sind, ergeben wir, daß, wenn auch ein Teil davon im Ausland steckt, sehr viel Paniknoten bei uns versteckt sind. Die ehrlichen Steuerzahler schreien über die Höhe der Lasten, die Drückberger reiben sich die Hände. Auch hier ist also ein Drehen im Kreise. Die Steuern sollen die Leistungsfähigkeit berücksichtigen, aber, da die Staaten und Städte auf das Reich angewiesen sind, durch Fortnehmen der Einkommensteuer und infolge dessen nicht so viel erhalten wie sie gebrauchen, so erhöht sich der Steuerdruck immer mehr. Nichts anderes als Einschränkung der Ausgaben bringt die Steuerbremse und die Papiergeldfabrikation zum Stillstand.

Marksturz und Preissteigerung.

Der Ausverkauf auf dem deutschen Warenmarkt.

Infolge des deutschen Ausverkaufs wächst der Warenmangel. Der Marksturz hat in ungutem Handel derartige Zustände geschaffen, daß unvornehme Volkswirtschaft von Tag zu Tag schwieriger wird. Zum großen Teil haben wir die Entlohnung unseres Marktes den Ausländern zu verdanken, die in Massen das deutsche Reichsgebiet und besonders die deutschen Großstädte überfluten, um buchstäblich alle Warenhäuser und sonstigen Geschäfte auszuräumen, was ihnen infolge ihrer Valuta nicht schwer fällt. Die Kaufleute erzielen dabei recht beträchtliche Gewinne, scheinen jedoch nicht zu bedenken, daß sie damit der deutschen Bevölkerung schwersten Schaden zufügen. Wer jetzt in ein deutsches Kaufhaus geht, um sich für den Winter Sachen zu besorgen, sieht sich mit

bedauerndem Umschlagen abgewickelt: „alles ausverkauft“; oder aber, die Waren sind so enorm teuer, daß an einen Kauf nicht zu denken ist. Deutsche Kaufleute antworten dann auf die Frage, wer sich das leisten kann: „Mit ein paar Dollars ist alles bezahlt.“

Diese Abwanderung unserer Produkte ins Ausland hat die schlimme Folge gehabt, daß die Preise in kurzer Zeit um über 100 Prozent stiegen. Textilprodukte sind überhaupt nicht mehr oder nur zu unerschwinglichen Preisen erhältlich. Das bedeutet für den Mittel- und Arbeiterstand den Verzicht auf warme Winterkleidung. Auch die Lebensmittel sind von dem Ausverkauf in arge Mitleidenschaft gezogen worden. In Pommern, Schleswig-Holstein und den übrigen Vandalenstaaten kaufen rheinische Kartoffelkäufer Kartoffeln in Massen auf, um sie im Rheinland zu enormen Wucherpreisen abzugeben. Dabei ist anzunehmen, daß diese Aufkäufe zum Teil doch nicht für die deutsche Bevölkerung bestimmt sind, sondern vielmehr ins Ausland weiter verloben werden sollen, wo infolge der Saluta natürlich noch ganz andere Preise gefordert werden können. Die gereizte Stimmung der deutschen Bevölkerung, die jetzt für ein Pfund Speisekartoffeln 1,10 M. und mehr bezahlen muß, ist unter diesen Umständen sehr verständlich. Denn der Ausfall der Kartoffelernte rechtfertigt die enorme Preissteigerung um fast das Doppelte nicht.

Es ist ungerechtfertigt und falsch, aus diesem Grunde über die Landwirte herzugreifen und sie des Kartoffelwuchers zu zeichnen. Alle landwirtschaftlichen Organisationen halten ihre Mitglieder zum Mahalten in ihren Preisforderungen an. Die Preissteigerung ist in der Hauptsache das Werk gewisser wilder Händler, die unseren unglückseligen Vorkaufmann auf gemeine Art zum Schaden der deutschen Verbraucher ausnützen. Genau so verhält es sich mit dem Getreideverkauf. Es wäre eine der ersten und wichtigsten Pflichten der Regierung, die Ausfuhr der deutschen Lebensmittel noch eingehender zu sperren und dem gemeingefährlichen Treiben der Wucherer mit allen Mitteln entgegenzutreten. Leider ist aber kein Ende dieser Preisentwicklung abzusehen, solange unsere Valuta dank der internationalen Devisenspekulation den bestehenden maßlosen Schwankungen unterworfen ist.

Die Steuerlasten.

95 Milliarden im Jahr.

Im Steueranschluß des Reichstages gab ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums eine Übersicht über die Einnahmen an Reichssteuern nach dem Haushaltsentwurf für 1922.

Danach würde die Gesamtsumme, die an Steuern einkommen soll, 95 Milliarden Mark pro Jahr betragen. Auf den Kopf des Einzelnen würden 1584 M. kommen.

Die künftige Belastung des Besitzes würde nach den Regierungsvorlagen rund 52,55 Milliarden Mark betragen, das sind 51,1 Prozent der Gesamtbelastung. Die Verbrauchsbelastung durch Besteuerung entbehrtlicher Genussmittel würde fast 7 Milliarden betragen, das sind 6,8 Prozent der Gesamtbelastung. Die Besteuerung des übrigen Verbrauches würde einen Gesamtbetrag von rund 43 Milliarden Mark ergeben, das sind 42,1 Prozent der Gesamtbelastung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. November 1921.

Die Lebensmittel-Steuerung.

Nach Erledigung einiger geschäftsordnungsmaßiger Mitteilungen setzt das Haus die Besprechung der verschiedenen Interpellationen über die Lebensmittelsteuerung, Preissteigerung, Aufhebung der Zwangsirtschaft, Getreideverfeinerung usw. fort.

Der Deutschvolksparteiler Hepp wendet sich gegen die von der Linken ausgehende Hege gegen die Landwirtschaft und setzt auseinander, daß der Landwirtschaft keine Schuld an den jetzigen Zuständen beizumessen ist. Nach einigen Worten des Demokraten Trieschmann, der eine verständliche Stellung einnimmt und darauf hinweist, daß der verlorene Krieg die Hauptursache all unserer Not ist, ergreift der Reichswirtschaftsminister Schmidt

das Wort. Er muß anerkennen, daß die Preissteigerung sich noch fortsetzen wird. Sie geht aus von der Entwertung der Mark, die zunächst bei den Waren, die wir ganz oder teilweise aus dem Ausland einführen oder deren Rohstoffe aus dem Ausland kommen, preissteigernd wirkt und sich dann indirekt auch auf die Preise der anderen Erzeugnisse ausdehnt. Immerhin sind die Preise der Inlandsprodukte bedeutend niedriger als die der Auslandswaren. Diese Differenz sucht die Regierung anrecht zu erhalten durch verstärkte Grenzkontrolle und Wuchererfolgung.

Auch der Abg. Geraner von der Bayerischen Volkspartei verteidigt die Landwirte gegen die ihr gemachten Vorwürfe. Nicht die Bauern sind die Wucherer, Schieber und Preissteigerer, sondern ganz andere Leute, die man nicht hart genug bestrafen kann. Er lehnt das Umlageverfahren für Kartoffeln ab.

Reichsernährungsminister Hermes erklärt, daß die Regierung dem Wagenmangel entgegengetreten habe. Der Minister geht auf einzelne sachliche Forderungen ein und erklärt dabei u. a., daß die Mehlerzeugung für das kommende Wirtschaftsjahr abgera-

stellt sei. Für die Verbilligungsdaktion seien in sieben Monaten 33 Milliarden Mark ausgegeben worden, der Betrag werde sich noch erhöhen. Das Umlageverfahren habe sich bewährt.

In der weiteren Debatte verteidigen die Abg. Bachmann (Bayer. Vp.) und Ritters-Poppenrade (Dnat.) die Landwirtschaft gegen die von Sozialdemokraten erhobenen Vorwürfe.

Nach weiterer Debatte — es spricht noch Frau Bohm-Schuch (Soz.) verläßt sich das Haus.

Berlin, 18. November 1921.

26 Kleine Anfragen werden zunächst erledigt. Dann folgt, nachdem man das Gesetz über die Weltpostvereinsverträge, das die Rechtsverhältnisse in bezug auf den internationalen Verkehr regelt, in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen hat, die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Notstandsmassnahmen für Invalidenrentner.

Reichsarbeitsminister Brauns legt die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge der Invalidenrentner dar; eine Erhöhung der Beiträge sei aber nicht möglich. Das Reich sei bereit, den größten Teil der Lasten auf sich zu nehmen. Die Gemeinden müßten aber an den Kosten beteiligt werden.

Abg. Koch-Düsseldorf (Dnat.) ist für das Gesetz, beantragt aber, die Beteiligung der Gemeinden herabzusetzen, auch Abg. Andre (Ztr.) stimmt dem Gesetz zu, während der Abg. Karlsen (N. S.) meint, daß ein solches Notgesetz die allgemeine Not nicht beseitigen kann. Der Demokrat Erkelenz spricht sich gleichfalls für das Gesetz aus, das ein neues Prinzip in der Behandlung der Bedürftigkeitsfrage einführt.

Auch bei den übrigen Rednern findet der Entwurf Zustimmung, der Kommunist Bark stellt allerdings bedeutend weitergehende Forderungen, während Abg. Thiel (D. V. P.) Abhilfe für die verelendenden Kleinrentner fordert.

Berlin, 19. November 1921.

Zunächst geht es ganz friedlich zu. Man nimmt nach kurzer Debatte den Bericht des Ausschusses über die Förderung des Wohnungsbauwesens an. Wie der Berichterstatter Vahr (Dem.) hervorhebt, beträgt der jährliche Wohnungsbedarf 180 000 Wohnungen. Seit dem Kriege sind aber nur etwa 400 000 Wohnungen gebaut worden. Es muß daher mit öffentlichen Mitteln geholfen werden, und zwar sollen die noch niedrigen Mieten in den alten Häusern befristet werden. Die Regierung soll ein Bauprogramm für die Jahre 1922 und 1923 vorlegen.

Ebenso geht es einem von allen Parteien eingebrachten Änderungsantrage zur Angestelltenversicherung, den Abg. Giesbel (Soz.) begründet. Danach sollen Lebensversicherungen, die vor dem 10. Juni beantragt sind, befristet werden. Grundsätzlich sollen nur solche Policen befristet, deren Prämien dem Beitrag des Angestellten zur Zwangsversicherung gleichkommen.

Annahme finden ferner der Bericht über die Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose sowie eine Entschleunigung des Beamtenauschusses, die die Regierung erlucht, die Einstellung von Beamtenanwärtern in allen Zweigen der Reichsverwaltung bis zur Verlegung des Reichshaushalts für 1922 zu untersagen und die frei werdenden planmäßigen Beamtenstellen unbeschadet der Rechte der arbeitsplanmäßigen Beamten nach Möglichkeit mit Wartegeldempfängern und Beamten aus den abgetretenen Gebieten zu besetzen.

Dann folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen. Die Kommunisten legen hierzu einen Antrag auf Freilassung der im Zuchthause Vichtenburg bei Torgau im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen vor.

Hierbei kommt es schon vor der eigentlichen Beratung zum ersten Kampf zwischen den Sozialisten und Kommunisten, wobei sich wieder einmal Adolf Hoffmann und einige Tribünenbesucher rühmlichst hervor-tun. Wie sich näher herausstellt, beruhte der ganze Streit — es handelte sich um eine Geschäftsordnungsfrage — auf einem Mißverständnis.

In der eigentlichen Debatte leht der Tumult dann immer wieder auf. Nachdem der Unabhängige Dr. Rosenfeld und der Kommunist Roenen lebhaftes Lage über die angeblichen Zustände in den Gefängnissen, besonders in Bayern, erhoben haben, ergreift der neue Reichsjustizminister Dr. Radbruch das Wort, um zunächst den vorliegenden Gesetzesentwurf zu begründen und sich dann zu dem Hungerstreik der kommunistischen Gefangenen in Vichtenburg zu wenden.

Was er hierzu zu sagen hat, geht den Herren von ganz links sehr gegen den Strich und sie äußern dies denn auch auf ihre Weise recht laut und deutlich. Minister Radbruch, der bekanntlich Sozialdemokrat seines Zeichens ist, nennt den Hungerstreik nämlich eine „heroische“ Tat, vor der er nicht zurückzuweichen gedenke. Für die Gefangenen bestehe keine Lebensgefahr, sie würden unter ständiger ärztlicher Kontrolle. Er stellt fest, daß es sich schließlich nicht um ganz harmlose Verbrecher handle. So habe einer der Gefangenen eine Eisenbahnlinie gesprengt, wodurch fast ein Zug mit Bergarbeitern entgleist worden wäre. Solche Verbrecher werden natürlich nicht begnadigt.

Der Minister erklärt weiter, daß die Begnadigungsdaktion weitergehe, besonders würden sämtliche Sondergerichtsurteile nachgeprüft. Durch einen Hungerstreik und ähnliche Gewaltmittel würde aber niemals eine Amnestie erreicht werden.

Unter allgemeiner Heiterkeit erklärt hierauf Abg. Dr. Rosenfeld (N. S.), daß er von dieser Rede eines sozialistischen Ministers geradezu erschüttert sei.

Auch die übrigen Redner von ganz links Roenen, Dr. Levi, Ledebour und Crispian richten ihre ganze Wut gegen den sozialdemokratischen Minister, der ein zweiter Noke sei und sich „in die Galerie der Bluthunde der kapitalistischen Nachhader und der Sinneselemente einreicht“ habe.

Müller-Franken (Soz.) und Dr. Haas (Dem.) antworten hierauf nur kurz.

Schließlich wird der kommunistische Antrag abgelehnt, aber ein Ausschuss zur Prüfung der Zustände in den Gefängnissen angenommen. Der Gesetzesentwurf geht an den Rechtsausschuss.

Der Kommunist Pleitner begründet darauf eine Interpellation über das Verbot des Landens russischer Schiffe in Deutschland. Einem russischen Lazarettschiff sei die Landung im Stettiner Lazarett unterlagert worden. Es wurde polizeilich untersucht und nach dem Industriehafen verwiesen; ähnlich ging es einem russischen Handelschiff in Hamburg. Weil Waren nicht verladen werden konnten, habe die russische Regierung Schaden erlitten, den Deutschland ersetzen müsse.

Reichsminister des Innern Dr. Roetter erklärte, daß den russischen Schiffen gegenüber höchstes Mißtrauen gehoten sei. Solange die Russen unter dem Deckmantel des Handels politische Agitation treiben, müssen die Schiffe unter schärfter Kontrolle gehalten werden.

Die Bürgerlichen und Sozialdemokraten schließen sich dieser Auffassung an.

Preussischer Landtag.

Berlin, 17. November 1921.

Die heutige Sitzung hat sich zunächst nur mit kleineren Vorlagen zu beschäftigen, so die erste Lesung der Gesetze betr. Ablösung der Reallasten, des Gesetzes über den Sitz des Landesparlamentes in Schleswig-Holstein u. a. m., die debattelos oder nach kurzer Aussprache Ausschüssen überwiesen werden.

Dann wird die namentliche Abstimmung über das von den Koalitionsparteien beantragte

Vertrauensvotum für die Regierung Brann vorgenommen, das mit 198 gegen 99 Stimmen angenommen wird.

Nunmehr geht das Haus zur Beratung der Kartoffelfrage über.

Der Redner der Deutschnationalen, Schlange, polemisiert gegen die sozialdemokratische Hege gegen die Landwirtschaft. Nicht die Landwirtschaft habe Schuld an den jetzigen Zuständen, sondern die Regierung, die es an den nötigen Vorbeugungsmassnahmen habe fehlen lassen. Er bekämpft eine Wiedereinführung der Kartoffelzwangswirtschaft.

Darauf wird die Beratung abgebrochen und auf Freitag verlagert.

Berlin, 18. November 1921.

Nach Erledigung der für Freitag üblichen kleinen Anfragen setzt man die Debatte über die Kartoffelverforgung fort, die sich immer mehr in Polemik verliert. Der Sozialdemokrat Vimbetz polemisiert gegen die Rechte und gegen die Landwirtschaft, die die Wucherpreise nehme, der Unabhängige Klausner sekundiert ihm, und auch der Abg. Gronowitsch wendet sich gegen die Deutschnationalen, für die der Abg. Schlange antwortet, mit ihm tritt der Volksparteiler Held für die Landwirtschaft ein. Nach weiterer Debatte schließt die Aussprache.

Angenommen werden die Anträge Windler (Dnat.) auf rechtzeitige Einfuhr von Weis und anderen Futtermitteln zwecks Freimachung der Kartoffeln ausschließlich für den menschlichen Bedarf sowie der Antrag, nur den angelegenen Kartoffelkäufern den Ankauf von Kartoffeln zu gestatten, eine genaue Kontrolle der Bahnverladung einzuführen und den Kettenhandel scharf zu bestrafen, für schleunige Wegengestellung zu sorgen, ferner für ausreichende Futtermittel, die Maisbezugschein sollen wieder für gültig erklärt werden.

Ferner wird angenommen der Zentrumsantrag auf Herabsetzung der Eisenbahntarife für Speisekartoffeln, und der Antrag der Deutschen Volkspartei, der eine Reihe von Massnahmen zur Abwendung der Kartoffelnot vorschlägt, darunter planmäßige Auffüllung der Bevölkerung, strenge Grenzkontrolle, rückwärtslose Anwendung der Wucherbestimmungen, Anweisung an die Völkervermittler, auf die Entwicklung der Preise an den Kartoffelbörsen ihre besonderes Augenmerk zu richten.

Bei der nun folgenden 2. Beratung des Haushalts der Gestütsverwaltung stellt sich der neue

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf dem Hause vor. Er erklärt, die Nichtsicht für meine Tätigkeit werde strenge Sachlichkeit sein. Es handle sich hier um zu ernste und wichtige Aufgaben, als daß wir uns dabei durch parteipolitische Gründe beeinträchtigen ließen. Das Ziel seiner Amtsführung sieht er nur darin, die Stärkung der preussischen Landwirtschaft, die Hebung ihrer Erzeugung mit allen Mitteln im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu fördern. Ne-

mehr die wirtschaftlichen Verhältnisse erschwert werden, je weiter der Entwertungsprozess des Geldes fortschreitet, um so schwerer wird es sein, Nahrungs- und Futtermittel aus dem Ausland bereinzuholen. Um so notwendiger ist die Stärkung der heimischen Landwirtschaft. Daran anschließend begründet der Minister kurz den vorliegenden Etat der Gestütsverwaltung.

Nach kurzer Debatte verläßt man die Weiterberatung auf Sonnabend.

Berlin, 19. November 1921.

Kommunistische Madausagen.

Heute geht's mal wieder lustig zu im Preußenhaufe. Es war gewissen Leuten schon lange zu sitzjam zugegangen im Saale, heute besorgen sie den Madau dafür um so gründlicher. Unter fürchterlichem Lärm seiner Fraktionsgenossen beantragt der Kommunist Kab, daß sofort sein Antrag auf Entlassung der hungerstreikenden Gefangenen aus dem Zuchthaus von Torgau beraten wird. Dem Antrag wird widersprochen, darauf wird der Lärm immer größer, und es bilden sich erregte Gruppen.

Man beruhigt sich schließlich, und das Haus kann in die sachliche Beratung des Haushalts der Gestütsverwaltung eintreten, die bald abgeschlossen wird.

Dann geht der Kampf von neuem los. Ein zu Beginn der Sitzung gebildeter interfraktioneller Ausschuss war unterdessen zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, an ihr hatten die meisten Kommunisten teilgenommen (daher war die kurze sachliche Verhandlung möglich.) Jetzt strömen sie wieder in den Saal, und gerade, als man die Beratung des Etats der Fortwervaltung beginnen will, beantragt Herr Kab, daß sofort der Bericht des Ausschusses über den Hungerstreik angehört wird. Ihn unterstützt Schulz-Neufölln: Dieser Bericht ist viel wichtiger als das Gewandte über den Etat (erster Ordnungsruf!). Die Ausschussverhandlung war eine schützige Komödie (zweiter Ordnungsruf!). Wir schenken diese Schamlosigkeit ab (dritter Ordnungsruf!).

Unterdessen hat sich das Haus gefüllt. Auf der Linken und vor der Tribüne bilden sich dicke Anäuel, es kommt fast zu Reue-reien. Durch den Lärm dringt schließlich die Stimme des Präsidenten, der fragt, ob das Haus den Redner weiter hören will. Stürmischer Widerspruch. Voll Wut über diese Absehnung geht der Abg. Schulz-Neufölln ein Wasserfalld auf die vor der Tribüne stehenden Abgeordneten aus, während Kab dem Präsidenten die Glocke entreißt. Schließlich wird die Sitzung abgebrochen.

In der Pause läßt der Präsident, während im Sitzungssaal die Erregung langsam abebbt, die Tribüne, deren Besucher sich eifrig an dem Madau beteiligen haben, räumen. Schließlich wird bekanntgegeben, daß die nächste Sitzung Montag stattfindet.

Deutsches Reich.

„Scharfes Vorgehen gegen streikende Reichsbeamte. Seit einigen Tagen befinden sich die 3600 Angestellten und Beamten bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin im Streik, weil sie Widerspruch gegen die Befolgungseingruppierung erleben und gegen die Zurücknahme bereits vollzoener Beförderungen protestieren. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt: „Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen. Am Weigerungsfälle haben alle nicht lebenslänglich Angestellten sich als entlassen zu betrachten. Die lebenslänglich angestellten Beamten haben ein Disziplinärverfahren zu gewärtigen. Die Streiktage werden in Abzug gebracht. Von den planmäßigen Stellen werden 350 abgestrichen, da sie nicht als Dauerstellen zu betrachten sind. Alle Beamten haben sich einer nachträglichen Befähigungsprüfung zu unterziehen.“

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Pastor Hoeritel aus Morgenitz auf Uedom und Professor Raffath aus Paderborn, denen die französische Regierung schon wiederholt ersaubt hat, die deutschen Kriegsgefangenen in Avignon, Cuers und Agay aufzukaufen, haben diese in den Tagen vom 31. Oktober bis 4. November wiederum besucht. Die Gefangenen, denen es gesundheitlich gut geht, die aber alle lehnstichtig des Tages der Befreiung harren, nahmen die Grüße der Heimat und deren Ueberbringer mit lebhafter Freude auf. Am 31. Oktober wurde von einer Abordnung der Gefangenen an den Grübern der in Avignon bestatteten deutschen Kameraden unter Beteiligung der beiden Westlichen feierlich ein Kranz niedergelegt. Noch immer werden 61 Gefangene in Avignon festgehalten. Sieben von ihnen werden nach Ablauf ihrer Strafzeit am 24. November Avignon verlassen.

Ein Staatspräsident in Bayern? Bezeichnende Worte fielen bei der letzten Staatsdebatte im bayerischen Landtag. So sagte ein Redner der Bayerischen Volkspartei u. a.: Es gab eine Zeit, wo die Parlamente eingesetzt wurden, um der Verschwendungssucht der Könige zu steuern. Jetzt ist man versucht, zu sagen, daß eine Zeit gekommen ist, in der Könige eingesetzt werden sollten, um die Bewilligungsmaschine der Parlamente zum Stillstand zu bringen. Weiterhin war bezeichnend, daß der Fraktionsvorsitzende der Mittelpartei, Abg. Dr. Silpelt, mit aller Entschiedenheit für die Schaffung des Staatspräsidenten in Bayern eintrat. Damit ist diese Angelegenheit erneut in die Diskussion geworfen. Es steht

fest, daß die Bayerische Volkspartei unbedingt für diese Forderung eintreten wird. Die Bayerische Mittelpartei ist die zweitgrößte bürgerliche Partei in Bayern. Wenn sämtliche bürgerlichen Parteien, also auch Demokraten und Bauernbund, in der Forderung nach einem Staatspräsidenten einig gehen, so ist die notwendige Zweidrittelmehrheit vorhanden.

Der Leistungsrückgang bei den Eisenbahnen. In einer Sitzung des Verkehrs-ausschusses des Reichswirtschaftsrats, der sich mit der Gestaltung der Eisenbahnfinanzen beschäftigte, wurden von einem Vertreter des Reichsverkehrsministeriums folgende Angaben gemacht: Durch die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Personalvermehrung um ungefähr 30 Prozent gegen den Friedensstand notwendig geworden, was auf den Kopf einen Rückgang der Leistungen in Achsenkilometern auf etwa 77 Prozent der Friedensleistung ausmacht. Außerdem ist eine Verkehrsverminderung um etwa 20 Prozent gegen den Friedensstand eingetreten, ohne daß das Personal entsprechend vermindert worden ist, was einen weiteren Rückgang gegen die Friedensleistung auf etwa 62 Prozent auf den Kopf ergibt.

Akkordarbeit als Streikziel. In früheren Jahren haben die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung immer die Auffassung vertreten, daß „Akkordarbeit Vordarkeit“ sei. Jetzt scheint man von dieser Auffassung abzurücken. So teilte der Ministerialrat Kröner (ein Sozialist) in einer Sitzung, die sich mit Arbeiterangelegenheiten bei der Reichspost beschäftigte, mit, daß die in der Betriebswerkstatt für die Postkraftwagen in Berlin beschäftigten Arbeiter die Einführung des Bedingungsverfahrens durch einen einseitigen Streik erzwingen haben. Dieser Vorgang ist um so bemerkenswerter, als die Arbeiter des Betriebes ausschließlich den freien Gewerkschaften angeschlossen sind.

Neugestaltung des Zolltarifs. Die veränderte wirtschaftliche Lage Deutschlands hat, wie die „Frankfurter Nachrichten“ melden, die Regierung veranlaßt, eine Neugestaltung des Zolltarifs in Angriff zu nehmen. Es ist ein Zolltarifausschuß gebildet worden, der aus Vertretern der zuständigen Reichsministerien, der Landwirtschaft und der Wirtschaftskreise besteht. Die Leitung des Ausschusses liegt beim Reichswirtschaftsministerium. Für einzelne Abschnitte oder Gruppen des Zolltarifentwurfs werden Unterausschüsse gebildet, in die vor allem auch Persönlichkeiten mit besonderen Sachkenntnissen auf dem betreffenden Einzelgebiet berufen werden sollen. Die in den Unterausschüssen durchberatenden Zolltarifabschnitte werden dann dem großen Ausschuss zur Begutachtung vorgelegt.

Die Abfindung des Großherzogs von Sachsen-Weimar. Die weimarische Gebietsvertretung des noch bis zum 1. April 1922 bestehenden früheren Landtages von Sachsen-Weimar hat gegen die Stimmen der Unabhängigen den zwischen dem ehemaligen Freistaat Sachsen-Weimar und dem früheren Großherzog abgeschlossenen Abfindungsvertrag genehmigt.

Beginn der Genfer Besprechungen. Bundesrat Calonder, der vom Völkerbundsrat mit der Führung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien betraut worden ist, hat der deutschen und der polnischen Regierung mitgeteilt, daß die Verhandlungen am 23. November, 11 Uhr vormittags, in Genf eröffnet werden sollen. — Die polnische Regierung hat dem Bundesrat Calonder ihre aufrichtige Genugtuung ausgesprochen, daß zur Bewältigung der schwierigen Aufgabe der Führung der deutsch-polnischen Verhandlungen eine so hervorragende und zuständige Persönlichkeit ernannt worden sei. — Reichsminister a. D. Schiffer ist in Begleitung der Herren Lewald, Göppert, v. Raumer und Schulenburg am Sonntag zu den deutsch-polnischen Vorbereitungen nach Genf abgereist. — Zum Vorsitzenden der schlesischen Oberschlesien-Kommission (Kohle- und Bergwerkserzeugnisse) wurde der bisherige Reichskohlenkommissar Geh. Bergrat Siu ernannt.

Die Kostenrechnung. Die Warschauer Blätter aus Genf erfahren, werden die Kosten der Entscheidung über Oberschlesien vom Sekretariat des Völkerbundes auf 65 Millionen deutscher Mark geschätzt, welche zwischen Deutschland und Polen zu repartieren sind.

Ein Gesetz gegen Schlemmerei wird in Bayern vorbereitet. Es verlaute, daß der Entwurf des Gesetzes straflose sowie Geldstrafen bis zu 100 000 M., im Wiederholungsfall Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren, Geldstrafe bis zu 200 000 M., Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Ueberweisung an die Landespolizei sowie öffentliche Befähigung der Namen der Schuldigen vorsieht. Auch in Deutschland sich aufhaltende Ausländer sollen geachtetenfalls vom Gesetz betroffen werden. Nicht nur für Schlemmer selbst, sondern auch für diejenigen, die der Schlemmerei Vorschub leisten, sieht der Gesetzentwurf schwere Strafen vor, so Entziehung der Konzession, Schließung der Lokale und eventuell neben diesen Strafen noch Geldbußen.

Oberleutnant Boldt gestochen. Oberleutnant z. S. a. D. Boldt ist aus dem Hamburger Untersuchungsgefängnis entwichen. Er war bekanntlich feinerseits von dem Reichsgericht, weil er als Offizier auf einem U-Boot der von seinem Kommandanten, Kapitänleutnant Pappia, angeordneten Verletzung eines englischen Zigarettschiffes keinen Widerstand geleistet hatte, wegen

„Hilflosigkeit zum Totschlag“ verurteilt worden. Allgemeine große Empörung hatte es damals erregt, daß die Hamburger Volkspartei den Offizier nach seiner Verurteilung gefesselt nach Leipzig transportierte.

Der Reichstag lehnte ein von den Kommunisten beantragtes Misstrauensvotum gegen den Reichsernährungsminister Dermes ab.

Der neue Vertreter der Sowjetregierung, Krejzinski, überreichte dem Reichsfinanzminister sein Beglaubigungsschreiben. In ihren Reden betonten beide Herren den Wunsch nach einer deutsch-russischen Annäherung.

Ein von den bürgerlichen Parteien des sächsischen Landtags beantragtes Misstrauensvotum für die unabhängigen Minister Pöhlke, Fleischer und Fiedel wurde abgelehnt.

Ausland.

„Deutschland kann und muß zahlen.“

In der französischen Kammer sprach der Finanzminister Doumer über die Finanzlage Deutschlands und seine Zahlungspflicht. Er erklärte, es sei bewiesen, daß Deutschland zahlen könne, wenn es wolle. Deutschland besitze zwar Aktiven, die es nur schwer in Goldmark und in ausländische Devisen umwandeln könne; aber es seien deutsche Wertgegenstände vorhanden, deren größter Teil außerhalb des Landes sei und deren Besitzer keinen großen Eifer zeigten, der deutschen Regierung zu helfen, ihre Verpflichtungen zu halten. Sie müßten sich aber von den Folgen Reichsbankrott ablegen, die ein Bankrott Deutschlands nach sich ziehen würde. Wenn dieser Bankrott sich ereigne, werde er Ereignisse nach sich ziehen, die

die deutsche Reichsreiztheit kaum überleben könne. Die Allteten, insbesondere aber Frankreich, könnten nicht dulden, daß auf ihre Schultern auch nur ein Minimum der Lasten zurückfalle, die nach dem Friedensvertrage den Deutschen zufielen.

Der Finanzminister erklärte, er bewahre immer den Gedanken, daß Deutschland den Verpflichtungen, die es übernommen habe, nachkommen werde. Wenn möglich, so schloß er die Erörterung über diese Frage, müssen wir die Schuld Deutschlands internationalisieren.

Rußland.

Belagerungszustand in der Ukraine. Die Sowjetregierung hat in der Ukraine den Belagerungszustand proklamiert. In Kiew haben blutige Zusammenstöße zwischen den Gegenrevolutionären und bolschewistischen Truppen stattgefunden. Der Vormarsch der Gegenrevolutionäre dauert an.

Die Debatte im polnischen Seim über die Witafrage endete mit einem Sieg Pilsudskis und der Regierung.

Heimatliches.

Nastätten, 21. November 1921.

Mitteilungen der Landw. Schule Nastätten. Stärkeres Auftreten von Feldmäusen ist in diesem Jahr in größeren Bezirken zu beklagen. Die Anwendung erprobter Mittel, wie Mäusestypus-bazillen, Strypchin- oder Arsengetreide stößt vielfach auf große Schwierigkeiten bei der Mehrzahl der Landwirte, die sich auf die vernichtende Wirkung sehr feuchter Winter verlassen. Anwendung in einzelnen Wirtschaften führt deshalb meist zu Miß- oder nur halbem Erfolg. Um ganze Arbeit zu leisten, ist gemeindefweises Vorgehen unter allen Umständen geboten. In Distrikten, wo starkes Auftreten von Mäusen zu verzeichnen ist, ist auf nähere Mitteilungen hin der Leiter der Landw. Schule Nastätten bereit, auch in einzelnen Betrieben neue Mittel kostenlos zu erproben, ebenso auch Mittel zur Krähenbekämpfung.

Schwindelig werden möchte man beim Lesen der Zahlen, die den neuen Steuervorlagen zu Grunde liegen; es sind nicht mehr und nicht weniger denn 95 Milliarden, die pro Jahr an Steuern ausgetrieben werden sollen. Der Besitz wird mit 52,5 Milliarden belastet, was 15,1 Prozent der Gesamtbelastung bedeutet. Auf die Besteuerung der Genussmittel entfallen 7 Milliarden, also 6,8 Prozent. Die Besteuerung des sonstigen Verbrauchs berechnet sich mit 45 Milliarden, das sind 42,1 des gesamten Ertrags. Bei diesen Summen kommt es schließlich auf die einzelne Milliarde nicht mehr an und bleibt abzuwarten, wie die Auswirkung im ganzen sich später stellen wird.

Im Reichstag ist über die Preissteigerung und Lebensmittelversorgung geredet worden. Die Regierung hat die gegen sie gerichteten Vorwürfe als unberechtigt zurückgewiesen, andererseits auch nicht sagen können, daß die Preissteigerung selbst berechtigt sei. Sie ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die Entwertung der Mark, namentlich bei der vom Ausland eingeführten Produktion. Dagegen ist die Regierung ohnmächtig. Auf dem Inlandmarkt werden die Preise vielfach in die Höhe getrieben durch einen plan- und ziellosen Aufkauf der Bevölkerung. — Von Interesse waren die Mitteilungen der Regierung über den Fleischverbrauch in Deutschland. Im ersten Halbjahr 1920/21 haben wir gegenüber demselben Zeitraum 1913 einen Rückgang von 60 v. H. zu verzeichnen. 1913 wurden 216 000 Stück Rinder, 1620 dagegen nur 36 000 Stück eingeführt. — Ueber

den Ruder wurde gesagt, daß er nunmehr in den Verkehr kommen soll.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt für 1921 ist nunmehr, nachdem der Reichsrat sich mit dem dritten Nachtragsetat beschäftigt, mit 161 Milliarden anzunehmen. Der Nachtragsetat enthält erstmalig den Betrag für die auf Grund des Loucheur-Abkommens pro 1921 zu leistenden Reparationszahlungen, die nunmehr im ordentlichen Etat 95,1 Milliarden und im außerordentlichen Etat 12,1 Milliarden erfordern. Bei weiterem Sinken der Mark ist mit höheren Summen zu rechnen. Der Reichszuschuß für Post und Eisenbahn macht gegen 20 Milliarden Mark aus. — Für 1922 rechnet man mit einer Jahresausgabe für die Reparationen von 234 Milliarden Mark.

St. Goarshausen, 21. Nov. Justizobersekretär Menges von dem Amtsgericht Wehen ist an das Landgericht Frankfurt a. M. versetzt; seine Veretzung an das Amtsgericht St. Goarshausen, sowie die des Justizobersekretärs Bog von St. Goarshausen an das Landgericht Frankfurt a. M. ist zurückgenommen.

Wiesbaden, 18. Nov. Bei der Filiale einer hiesigen Großbank ist eine Kassette mit Dollarnoten im Wert von mindestens 20 Millionen Mark entwendet worden. Die Kassette, die tagsüber an den Wechselaltern benutzt und über Nacht in den Banktresor eingestellt wird, war am Morgen nach dem Bußtag nicht mehr aufzufinden.

Frankfurt, 20. Nov. Der Regierungspräsident von Wiesbaden hat für den unbefestigten Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden mit sofortiger Wirkung den Verkauf von Waren im Einzelhandel an Ausländer verboten. Es dürfen an diese nur Waren in kleinen Mengen, wie es im Einzelhandel üblich ist, abgegeben werden. Verhöfe gegen das Verbot sollen mit den höchsten zulässigen Strafen geahndet werden.

Vermischtes.

Wenn es bei uns auch so weit wäre! Im dänischen Reichstag teilte der Verkehrsminister mit, daß er demnächst einen Besetzungswort einbringen werde, der eine bedeutende Herabsetzung der Eisenbahnfahrpreise und der Gütertarife enthalten würde.

Feuer in einer Gasfabrik. In einem der beiden großen Gasbehälter der Stuttgarter Gasfabrik in Gaisberg brach Feuer aus. Nach Mitteilungen von Augenzeugen schlug alsbald nach Ausbruch des Brandes eine haushohe Flamme an den Wänden des Behälters empor. In Erinnerung an die Oppauer Katastrophe entstand in der Nachbarschaft der Fabrik unter der Bevölkerung eine Panik, weil man fürchtete, daß der Gasbehälter explodieren könnte.

Diebstahl einer wertvollen Briefmarkensammlung. Einem Schweinefütterer Fabrikarbeiter wurde eine Briefmarkensammlung im Werte von 100 000 M. gestohlen. Sie bestand aus 7500 teils neuen, teils gebrauchten Briefmarken, in denen hauptsächlich europäische, sowie englische und französische Kolonialmarken vertreten waren.

Für ein Glas Wein 1000 M. Strafe. Im Mainzer Vorort Kastel hatte ein Gastwirt an drei afrikanische Soldaten je ein Glas Wein verkauft. Vor dem französischen Kriegsgericht gab er an, die Soldaten hätten ihn durch Drohung zur Abgabe des Weines genötigt. Das Gericht ließ diesen Einwand nicht gelten und verurteilte den Wirt zu 3000 M. Geldstrafe und zu längerem Militärverbot.

Hungerstreik kommunistischer Gefangener. Seit einigen Tagen ist in der Strafanstalt Lichtenburg im Kreise Torgau ein Hungerstreik unter etwa 100 kommunistischen Gefangenen proklamiert worden. Es handelt sich um Personen, die wegen der Beteiligung am Aufbruch in Mitteldeutschland im Frühjahr verhaftet und von den für diese Zwecke eingerichteten Sondergerichten zu mehr oder minder schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. In einem Aufruf wenden sich diese Gefangenen nicht an die Öffentlichkeit und erklären, daß sie keine Nahrungsmittel mehr zu sich nehmen würden, da ihre Familien dem Elend preisgegeben seien. Diese Angaben entsprechen zum allergrößten Teil nicht den Tatsachen. Die Familien der wegen Teilnahme an den mitteldeutschen Unruhen verurteilten Gefangenen werden zum Teil von der „Roten Hilfe“, zum Teil von der kommunistischen Partei unterstützt. Der Direktor der Strafanstalt hat dem Justizminister von den Vorgängen sofort Kenntnis gegeben und um weitere Verhaltensmaßregeln gebeten. Der Justizminister hat dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Kab hierauf die Genehmigung gegeben, die Gefangenen in der Strafanstalt Lichtenburg aufzusuchen und mit ihnen zu verhandeln.

Festnahme eines Geldhäubers. Die Kölner Kriminalpolizei nahm einen russisch-polnischen Juden fest, der beschuldigt wird, mit seinem Bruder für etwa 3 Millionen 1000-Markscheine und wertvolle Brillanten über die Grenze ins Ausland geschmuggelt zu haben. Nach seiner Rückkehr nach Köln wurde er festgenommen. In seinem Besitz wurde eine Menge Silberedelmetalle gefunden.

Im „Reigen“-Prozess wurden die Angeklagten, Theaterdirektor Stadel und Frau Enfeldt, freigesprochen.

Aus aller Welt.

Der Ursprung des Namens Grog. So gern man im eiligen Winter sich mit einem heißen Grog erwärmt, so wenig wird man bei dieser genußreichen Beschäftigung an ein — Kamel denken! Und doch gehören Grog und Kamel innig zusammen. Sprachlich natürlich. Die Kundigen behaupten, der Name Grog komme her von einem englischen Admiral gleichen Namens, wie man ja auch die Erfindung des Havelocks dem General Havelock zuschreibt. Jedoch einen englischen Admiral „Grog“ hat es niemals gegeben, wohl aber einen Admiral Vernon, der den Spitznamen Grog führte, weil er nur Kleidungsstücke aus Grogan, d. i. Kamelhaar, trug. Dieser war es — er lebte um die Mitte des 18. Jahrhunderts — der seinen Matrosen verbot, reinen Rum zu trinken. Er befahl, den Rum mit Wasser zu verdünnen, damit sie nicht zu leicht berauscht würden. Das Seemannsvolk rächte sich für diese Verfügung, indem sie das verdünnte Zeug mit dem Spottnamen des Admirals belegte und es Grog nannte.

Mehr Höflichkeit. Egoistische Formenmenschen nennt man oft kalt und höflich, schilt sie kleinig und Richtigkeits-trämer. Und doch, ist es nicht gerade die Beachtung der Form, die im Salon wie im Umgang des Alltagslebens oft so wohl-tuend berührt? Man mag sie nicht entbehren all jene Niedlichkeiten und Verbindlichkeiten, die den Verkehr erleichtern, den Umgang angenehm gestalten. Gewiß, es sind kleine Neugierlichkeiten, manchmal fest-geprägte Begriffe und Anstandsregeln, die man unter dem, was man Formen nennt, zusammenfaßt. Aber wer nur das Neugierliche sieht, bleibt auch am Neugierlichen leben. Das warmfühlende Herz muß die Form beleben, um ihr Seele zu geben. Man bückt sich nach dem Schirm, dem Pächchen, das der alten Dame aus der Hand fiel. Der Formenmenschen tut's, weil's Sitte ist, daß der Herr der Dame, die Jugend dem Alter kleine Dienste leistet. Der bessere, höfliche Mensch aber ist jener, der nicht sehen mag, wie der vom Alter gebeugte Rücken sich bücken soll, dem das Alter an sich Ehrfurcht einflößt und dem dies der Grund ist, der ihn rasch zugreifen läßt. Der wird auch nicht nur zuspringen, um der Dame im Pelzmantel und Seidenkleid zu helfen, der sucht auch der alten Frau im Umkleehaube den verlorengegangenen Straßenbahnfahrchein und hebt ihn ihr auf. Beherrschung der Form soll nichts Anergogenes, Belenloses bleiben, sonst ist sie nichts als der loder stehende Firnis, der den Mangel an Herz, an Gemüt und an Bildung wie das kalte, nackte Holz überall häßlich durch-blicken läßt.

Zulässigkeit der Nachveranlagung zur Besitz- und Kriegsteuer. Eine solche Nachveranlagung ist nach § 73 des Besitzsteuergesetzes z. B. zulässig, wenn sie begründet wird mit der erst nach der Veranlagung durch die Berufungsschrift bekanntgewordenen Tatsache, daß der Witwe nach dem Tode ihres Ehemannes ein Versicherungskapital ausgezahlt, und der noch später getroffenen Feststellung, daß die Versicherung von dem Ehemanne zu ihren Gunsten genommen worden sei. Diese Tatsache ist neu, und deshalb, soweit sie eine Höherveranlagung rechtfertigt, zur Stützung der Nachveranlagung geeignet, weil sie erst nachträglich, d. h. zu einer Zeit bekannt wurde, wo sie im ersten Verfahren nicht mehr zur Geltung gebracht werden konnte. Denn nach dem gemäß § 49 des Besitzsteuergesetzes §§ 25, 30 des Kriegsteuergesetzes, preuß. V.-D. vom 14. Mai 1914 (Gesetz-samm. S. 91) maßgebenden § 48 des preußischen Einkommensteuergesetzes war eine reformatio in peius (Änderung der Entscheidung zum Nachteil des Steuerpflichtigen) auf die Berufung des Steuerpflichtigen ausgeschlossen.

Gerichtliches.

Befrafter Bucher. Vor dem Kölner Buchergericht hatte sich der Bankier Friedrich Müller aus Köln wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln zu verantworten. Seine wiederholten Anträge um die Großhandelsverkaufsbescheinigung abgelehnt worden, trotzdem hatte er in großem Umfange Handel mit Lebensmitteln getrieben. Das Buchergericht verurteilte ihn zu 100 000 M. Geldstrafe und 4 Mona-ten Gefängnis.

Eingekandt.

(Für alle unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die vorläufige Verantwortung.)

Aus dem Lande, 21. November.

Eine gerechte, schon längst berechtigte und deshalb anerkennenswerte Neuerung hat die Gemeinde Z erst jetzt eingeführt. Während andere größere Gemeinden, städtische und staatliche Parlamente ihre beratende Sitzungen mit Tagesordnung, sowie deren Ergebnis öffentlich bekanntgeben, wurde seit Einführung der Land-gemeindeordnung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch 1898 selbiges dorten peinlich vermieden. Nicht allein, daß keine diesbezüglichen Bekanntmachungen erfolgten, auch im Falle daß man einmal hier oder da bei dem betreffenden Gewählten anfragte, kam es zuweilen vor, daß diese Frage fast als ungebührlich und unter ihrer hohen Würde hingestellt wurde. Kam es aber vor, daß trotzdem etwas aus dem Kolleg in die Öffentlichkeit durchdrang, dann wurde der vermeintliche „angebliche Sünder“ mit einer Strafpredigt bedacht. Doch: „Keine Regel ohne Ausnahme“ galt auch hier als Sprichwort, aber nur dann, wenn ein Beschluß zustande kam, wonach alle Einwohner zu leisten oder zu zahlen hatten. Man hätte denken können, daß auch letzteres mit demselben Stillschweigen von den Beratern selbst besorgt würde — weit gefehlt. Auch scheint bei ihnen die Auffassung zu bestehen, daß nur Auserwählte urteilsfähig sind, doch wird in Zukunft die Wählerchaft sich die Leistungen der Einzelnen merken und die Konsequenz für die nächste Wahl daraus ziehen.

Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Marlitt.

„Jutta, ich persönlich habe dir nicht ein Wort mehr zu sagen — ich habe keinen Teil mehr an dir — das ist vorbei!“ fuhr er in erhobenen Tone fort. „Aber im Namen deiner Mutter muß ich sprechen! . . . Gehe, wohin du willst, deine altmodische Abkunft wird dir an allen Pöfen Zutritt verschaffen — nur bleibe nicht hier! Du darfst nicht Günstlingsgelingen aus den Händen derer nehmen, denen eine unglückliche Mutter gestrichelt hat! Jutta, er, der Minister —“

„Ah, jetzt kommt die Revanche!“ unterbrach ihn das junge Mädchen wild auslachend — sie stieß aus der Fensternische in das Zimmer zurück. „Schmäde ihn, so viel du willst!“ rief sie wie rasend vor Leidenschaft. „Nenne ihn einen Mörder, einen Teufel! . . . Und wenn es die ganze Welt schreit und beschwört — ich glaube nichts, nichts — ich höre nicht!“ Ihre kleinen Hände fuhrten unter die Locken und legten sich auf die Ohren.

Die bleichgewordenen Lippen des jungen Mannes pressten sich bei diesem Unbild aufeinander, als wollten sie verstimmen für immer und ewig. Langsam streifte er seinen Verlobungsring ab und reichte ihn der jungen Dame hin — sie griff hastig nach dem Ring, und jetzt — zum erstenmal während der ganzen stürmischen Szene wurde ihr Gesicht dunkelrot in Scham und Verlegenheit. Also deshalb hatte ihre zarte Rechte unverdrossen das schwere Bukett gehalten — die unschuldigen Blumen mußten den beraubten Goldfinger bedecken — dort in der Perlmutter-schale, auf die der unsichere Blick der treulosen Braut fiel, lag der Ring — sie hatte ihn ja bereits abgelegt. . . .

Der Hüttenmeister stieß ein marktschütterndes Lachen aus und taumelte durch die Tür, die der Student in demselben Augenblick öffnete, und aus dem Salon eilte Frau von Herbed herüber und legte zärtlich ihre Arme um die „Standhafte“.

„Er hat es nicht anders gewollt, der Tor“, murmelte die junge Dame trübselig, indem sie sich ziemlich unsanft der Umarmung entzog. Sie atmete einen Augenblick eine erfrischende Effenz ein, dann warf sie sich eine Handvoll Reisepuder ins Gesicht — als Schutz gegen die hautverderbende Erziehung.

9. Kapitel.

Die beiden Brüder stoben förmlich nach dem Ausgang des Schlosses. War es doch, als sei selbst die schmeichelnde, parfümierte Luft der langen Gänge mit Verrat und Lüge erfüllt.

In einem dem Kamin nahegerückten Sesselfuß lag die kleine Gisela. Die schmalen Füßchen lässig gekreuzt, schmiegte sie den kleinen unscheinbaren Kopf an die farbenreiche Stickerei der Lehne. Als sie die beiden jungen Leute durch das Vestibül eilen sah,

hob sie den Kopf und sprang auf den Boden. Sie war offenbar einen Moment ohne alle Klugheit, denn in dem Augenblick, wo der Hüttenmeister hinaus auf den Kiesplatz trat, stand sie neben ihm und berührte seine Hand. Sie griff in die Tasche und holte eine Handvoll nagelneuer Kupferdreier heraus.

„Ja, nehmen Sie“, flüsterte sie atemlos. „Ich habe sie gesammelt, weil sie hübsch sind — es ist sehr viel Geld, nicht wahr?“ Der Hüttenmeister blieb zwar mechanisch stehen, allein ein völlig verständnisloser Blick fiel auf das Kind — es sah aus, als habe plötzlich ein verheerender Hauch dieses blütenfrische Körper- und Seelenleben anaeweht.

„Nähre ihn nicht an!“ drohte der Student in ausbrechendem Schmerz und stieß die Kleine weg. Er lachte bitter auf, als die Geldstücke aus der Hand des erschrockenen Kindes klirrend über den Kies hinrollten. „Weißt du kleine Natter auch schon“, rief er, „wie die Hochgeborenen die Seelenwunden anderer behandeln? Mit Geld, mit Geld! . . . Was an dir ist denn hochgeboren, du gebrechliches, häßliches kleines Menschenkind?“

Seine jugendlich kräftige Stimme hallte alarmierend in dem Vestibül wieder, an den Wänden sonst fast nur das Geräusch leiser Sohlen und das gedämpfte Geflüster der Lakaien schlugen. Die Diener und der Schlossverwalter fuhrten mit langen Hässen aus der Tür des Musikzimmers, und im Hintergrunde des Vestibüls erschien Lena. Sie schlug die Hände zusammen, als sie die kleine Gräfin mit allen Zeichen des Schreckens, ohne Umhüllung und mit entblößtem Kopf draußen im Freien sehen sah, dazu hörte sie die bekümmerte Frage des Studenten — bestürzt lief sie hinaus und zog das gräßliche Kind aus dem Bereich des „freschen Menschen“.

In demselben Augenblick raffte eine weiße Hand die zugezogene Gardine eines Fensters im Erdgeschoss zurück, und das Gesicht des Ministers erschien hinter den Scheiben. Bei diesem Anblick wurden die fleberischen Flecken auf den eingefallenen Wangen des Studenten zur dunklen Blut. Er trat dicht an das Fenster heran — der Minister fuhr in sichtlich Bewegung zurück, allein die langen Lider legten sich sofort wieder über die Augen — der junge Mann hatte keine Waffe in der hochgehobenen Rechten.

„Ja, ja, sieh nur heraus und freue dich!“ rief der Student mit weithin schallender Stimme. „Die Glende da droben hat ihre Sache gut gemacht — der Fleberer geht! . . . Fahre nur so fort, Erzellenz! Ignoriere die Hungersnot im Lande und jagt den Geist aus den Schulen — da hast du gut registriert! . . . Was freisch kümmerst dich deutscher Geist und deutsches Elend, du fremder Eindringling —“

Der Kopf des Ministers verschwand, und die Vorhänge fielen wieder dicht zusammen — durch das Vestibül aber scholl eine heftig angelegene Glocke.

Ob die unmittelbar darauf hervorströmenden Diener Befehl hatten, den „Schreier“ wegzubringen, blieb unentschieden. Der Hüttenmeister hatte bereits seine Arme um die Schultern des Bruders geschlagen und zog ihn fort. . . . Die hohe, athletische Gestalt des jungen Mannes aber, der noch einmal den Kopf mit der todesstarken Ruhe in den Flügen nach dem Schlosse zurückschwandte, war wohl geeignet, Bedientenseelen Respekt einzuschleusen — die Leute blieben zögernd stehen, während die Brüder den Schlossgarten durchschritten.

Wußte der Hüttenmeister nicht, daß er die entgegengesetzte Richtung einschlug, als er aus dem Gittertor des weißen Schlosses trat? Dort drüben lag das Hüttenhaus mit seiner gemächlichen Stube. Siebert schob sicher in diesem Augenblick ein Scheit Holz um das andere in den riesigen Ofen, warf einige kräftig duftende Wacholderbeeren auf die heiße Platte, deckte den Tisch so sorgfältig, wie nur je bei seiner hochadligen Herrschaft, und zog die Vorhänge zu. . . . Dort lag das schüßende Mhl, das Heim — und hier hinaus hinaus in die waldlose Landschaft. . . .

Der verrätene, plötzlich aus der Bahn ruhigen Denkens geschleuderte Mann wäre vielleicht die ganze Nacht, nach einem inneren Gleichgewicht ringend, über Berg und Tal gewandert, hätte nicht endlich der zu Tode ermüdete Student seinen Arm erfaßt und ihn bittend dem Rückweg zugewandt. Bis dahin war kein Wort zwischen den zwei Umherirrenden gefallen — sie waren den Berg jenseits hinabgestiegen und hatten ein schmales Tal durchschritten — um abermals an einer Felswand emporzuklettern. Jetzt standen sie in einer tiefen Klüft, durch welche der hochgeschwollene Fluß donnernd stürzte.

Der Mond war aufgegangen; die volle Scheibe schwebte über der Schlucht; ihr weißes Licht traf auf die Tannen und Kiefern, welche die fast senkrechten, gleichsam auseinandergerissenen Bergwände umstärkten, und tanzte auf den trüben, schäumenden Wassern. Das Flußbett war bis an den Rand gefüllt; schon sprühte hier und da der Gischt über die Wiesen hin — noch wenige erhöhte Pulschläge droben in den Bergen und die Fluten überströmten das Talgelände.

Weiter unten, in der Nähe eines tiefstehenden Weilers, kamen Leute. Die Männer und Frauen trugen Bettstücke und verschleudertes Gerät auf den Köpfen, und die Kinder trieben ein paar Ziegen vor sich her. „s wird schlimm diese Nacht — das Wasser kommt!“ sagte einer der Männer zum Hüttenmeister. Die Leute flüchteten in einige höher gelegene Häuser.

Dieser Zuruf rüttelte den Hüttenmeister plötzlich aus seinem Hinbrüten auf. Er schritt rascher den Fluß entlang — seine sämtlichen in Neuenfeld wohnenden Arbeiter waren in Gefahr.

Und nun sah er auch, was die türkischen

Wasser bereits auf ihrem Wüden trugen — eine Tür schwamm heran, und unter das vorübergehende Schellholz mischten sich Häuserbalken und losgerissene Bretter. . . . Das schwall und gurgelte und hatte noch lange nicht genug an dem Jammer, die es bereits mit sich schleppte.

Auf dem Neuenfelder Kirchhof schlug es neun. Die zwei Wandernben waren über vier Stunden umhergeirrt und näherten sich der Hochbrücke — der Student war ermattet zum Umsinken. Da tauchte plötzlich am jenseitigen Ufer Sievert auf. Er hob die Arme wie abwehrnd und rief mit lauter Stimme hinüber, aber das Toben und Brausen des nahen Wehres verjagte die Laute. Während der Hüttenmeister stehen blieb und aufmerksam dem erneuten Zuruf lauschte, betrat der Student ungeduldig die Brücke und schritt vorwärts.

Ein Aufschreien des alten Soldaten gelte herüber, er gebärdete sich wie ein Unsiniger und schlug die Arme um das Brückengeländer — in demselben Augenblick erscholl ein dumpfes Krachen — ein langer Balken fuhr gegen die Brückenpfeiler, sie sanken sofort. — Mit Gedankenschnelle wuschen und wühlten die Wasser das morsche Gerüst auseinander, und unter dem grausen Gemisch treibender Balken und Bretter verschwand die Gestalt des Studenten.

Der Hüttenmeister sprang ihm ohne weiteres nach. Der durch die Krankheit entzerrte junge Mann war rettungslos verloren gegenüber dem fortziehenden Wasserschwall. . . . Selbst der riesenstarke Mann rang leuchtend mit den Fluten — zweimal streckte er verzwecklich die Hand nach dem Berunglückten aus — immer näher und unwiderstehlicher wurden beide nach dem Wehr hineingetrieben.

Endlich gelang es dem Hüttenmeister, den treibenden Körper zu erfassen: aber nun kam das Furchtbare — der Student war nicht des Bewußtseins, wohl aber für einen Moment aller Vernunft beraubt — er erkannte seinen Retter nicht; er schlug nach ihm und wehrte sich gegen die rettende Hand verzweifelter, als gegen die türkischen Fluten. . . . Trotz dieses entsetzlichen Kampfes kam der Hüttenmeister dem jenseitigen Ufer näher und näher — mit dem letzten Kraftaufwand schwang er den Studenten uferwärts. Sicher ergriff dessen Arme und zog ihn auf das Trockene.

Hier gerade war das Flußbett sehr tief; das Ufer überragte noch um drei Fuß Höhe die Wasserfläche. Die letzte gewaltige Bewegung, mittels welcher der Hüttenmeister seinen Bruder an das Land geschleudert hatte, trieb ihn selbst sofort in die Mitte des Flusses zurück. Noch einmal begann der Kampf, und zwar um das eigene Leben — aber — war ihm dieser Preis nicht mehr begehrenswert genug, oder hatten ihn die Kräfte in der Tat verlassen, der junge Mann verschwand plötzlich.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.
Der auf Mittwoch, den 23. November ds. J., festgesetzte Rindvieh- und Schweinemarkt wird abgehalten.
Nastätten, den 8. November 1921.
Der Magistrat: Wasserloos.

Bekanntmachung.
Die Kreis- und Gemeindefuhrsteuerliste für das 2. Halbjahr 1921 liegt vom 19. November bis einschließlich 2. Dezember 1921 im Rathause zu jedermanns Einsicht offen.
Nastätten, den 17. November 1921.
Der Magistrat: Wasserloos.

Bekanntmachung.
Die Pachtgelder der evangelischen Pfarrei sind innerhalb 8 Tagen in der Zeit von vormittags 9—12 Uhr an den Kirchenrechner einzuzahlen.
Die ev. Kirchenkasse: Link.

Dampffärberei und chemische Reinigungsanstalt
Karl Döring, WIESBADEN
Drudenstrasse 5 Spezial-Geschäft I. Ranges Tel. 6149 u. 5270
übernimmt alle einschlägigen Arbeiten
— bei sauberster Ausführung. —
Schnellste Lieferzeit! Zu soliden Preisen!
Annahmestelle für Nastätten und Umgebung:
Albert Spriestersbach, Frieseurgeschäft, Nastätten,
Römerstrasse 55 (an der evgl. Kirche).

Zur Herbst- und Winterbehandlung
gegen Krebs, Hasenkratz, überhaupt alle Schädlings an Obstbäumen empfehle ich
Avenarius = Obstbaum = Carbolinum.
Georg Bientge, Drogenhandlung.

Schokolade-Weihnachtsmänner
Essbarer Christbaumschmuck
Delikatess-Honigkuchen, Butterkeks (In Rollen und lose)
Likörs, Pralinen, Dessert-Schokolade
Kakao (vollfett)
empfehlen
Konditorei Adermann, Nastätten
— Telefon 78. —

Pecuphosphin
vielbewährtes erprobtes Mittel gegen Knochenchwäche und Steifheit der Glieder bei Jungvieh.
Zu haben:
Apotheke in Nastätten.

Bartcreme
Bartbinden
Bartwasser
Bartkämme
Bartklammern
empfehlen
Damen- und Herrenfriseurgeschäft
Bernhardt
Waldsplatz 1 : : Waldsplatz 1
Wagen-, Leder-, Maschinenteile
Maschinen-, Motoren-, Cylinderöle, Centrifugenöle, Carbolinum
(garantierte Friedensqualitäten)
empfehlen
Gebr. Hiestand
Del- und Fettgroßhandlung
Kofheim i. Ts., Telefon 110.
Niederlage für Mischen u. Umgebung bei
David Groß, Miehlen, Hundsgasse.

Vanille-Stangen
Vanille-Zucker
gemahlener Zimmt
gemahlene Anis
geraspelte Kofosnuß
gereinigte Korinthen
gereinigte Rosinen
Dettlers Backpulver
Konjett-Salz
empfehlen
Konditorei Adermann,
Nastätten — Telefon 78.

Crefos'-Dauerwäsche
Kragen und Vorhemden
(von Leinewäsche nicht zu unterscheiden)
in großer Auswahl neu eingetroffen.
Echte Vielesfelder Leinen-Kragen u. -Vorhemden
sind ebenfalls in modernen Formen zu haben.
Heinrich Hensler :: Nastätten
Oberstraße 6. Telefon 77.



Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausnutz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

„Illustrierter Rhein- und Lahn-Bote“
(Kalender für das Jahr 1922)
soeben fertiggestellt und zu haben
Müllersche Buchhandlung, Nastätten, Bahnhofstraße.

Ummix
Bilder, Bilder, Bilder, Bilder, Bilder
eff. Blüten ver-
schwinden sehr schnell, wenn
man abends den Schaum von Zucker's
Patent-Medizin-Selbts eintröpfelt
läßt. Schaum erst morgens abwaschen
und mit Zuckerkofos-Creme nachstreichen.
Großartige Wirkung, von Tausenden
bestätigt. In allen Apotheken, Droge-
rien, Parfümerie- u. Feilwarengeschäften.

Städt. Gaswert
steht für die freigewordene Stelle
einen dritten

Arbeiter
ein. Verheirateter Schlosser oder
Schmied bevorzugt. Zu melden
bei der Gasanstaltsverwaltung.
Es können noch eine Anzahl
Arbeiter und
Arbeiterinnen
im Alter von 14 bis 16 Jahren als
Behelinge in unsere Fabrik einge-
stellt werden.
Kampf & Spindler
Seidenstoff-Fabrik
Nastätten.

Break
und noch neuer
Kultivator
zu verkaufen.
Joh. Phil. Fuhr Wwe.
Dolshausen a. d. Haide.

Schlacht-Gewürze:
gem. Pfeffer (extra fein)
geriebener Majoran
gemahlene Nelken
Mustatnüsse
Kümmel
empfehlen
Konditorei Adermann,
Nastätten — Telefon 78.